06.02.2015

Montecuccoli: Ländlicher Raum erleidet Herzinfarkt mit neuen Steuern

„Der Ländliche Raum als Herz Österreichs war gestern in der aktuellen Stunde des Bundesrates zentrales Thema. Im Hinblick auf die aktuelle Steuerreformdebatte läuft allerdings der Ländliche Raum Gefahr, einen Herzinfarkt zu erleiden. Denn Vermögenssteuern bzw. Substanzsteuern jeder Art würden das wirtschaftliche und soziale Gefüge am Land massiv schwächen. Vermögenssteuern bewirken alles andere als eine Stärkung der Investitionskraft, eine Vermeidung der Abwanderung und den Erhalt der Infrastruktur“, verdeutlicht DI Felix Montecuccoli, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, dass dem Ländlichen Raum mit Vermögenssteuern regelrecht der Boden unter den Füßen wegbesteuert werden würde.

Die Folgen müssen alle tragen, egal ob klein, mittel, groß, arm oder reich. Denn Betriebe haben dann die Wahl, ob sie in kleinen Häppchen ihren Betrieb abbauen, oder ob sie ihren Grund und Boden in Bausch und Bogen verkaufen. Unabhängig wie sie es machen, werden Arbeitskräfte vor die Tür gesetzt und die Wertschöpfung im Ländlichen Raum geht verloren. Diskussionen zu Umwelt- und Naturschutz wären passé. Lebensmittel und Rohstoffe würden überwiegend importiert werden. Kulturgüter würden verwildern.
Finanzkräftige Personen aus dem Ausland würden heimische Flächen aufkaufen und einfach einzäunen. Damit erleidet der Ländliche Raum als Herzstück Österreichs einen Infarkt.

„Dass Vermögenssteuern nicht der richtige Weg sind, haben die Bürger und Unternehmer bereits begriffen, wie nun auch die aktuelle IMAS-Umfrage bestätigt. Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Nicht durch neue Steuern kann der Ländliche Raum langfristig erhalten werden, sondern nur durch ausgabenseitiges Sparen und eine effiziente Verwaltung. Nur dann werden die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Rahmenbedingungen vorfinden, in denen nachhaltiges und generationsübergreifendes Wirtschaften möglich ist und Zukunftsperspektiven am Land erhalten bleiben“, betont der Präsident und appelliert an die politischen Verantwortungsträger: „Sich für den Ländlichen Raum steuernd einzusetzen, bedeutet nicht, neue Steuern einzuführen.“